LWW

Weichsel-Warthe

Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien)

73. Jahrgang **Mai / Juni 2025** **Folge 05 / 06**

„Auf den Spuren der Deutschen an Weichsel und Warthe“

Bundeskulturtagung der LWW am 28. und 29. Juni 2025 in Fulda, Neuenberger Str. 3 – 5, Bonifatiushaus

Unter diesem Arbeitstitel führt die Landsmannschaft Weichsel-Warthe ihre diesjährige Bundeskulturtagung in Fulda durch. Nach Grußworten der Ehrengäste sind folgende Vorträge vorgesehen:

• *Geschichte der Johanniterstation in Ryczywół,* **Adam Maliński**, Oborniki (Obornik),
• *Der altstädtische evangelische Friedhof in Fraustadt/Wschowa als Ort der Zähmung des Todes?*
Marta Małkus, Leszno (Lissa),
• *Deutschbalten im Wartheland 1939-1945*, **Andreas Hansen,** Bundesvorsitzender der Deutsch-Baltischen Gesellschaft, Berlin,
• *Von Odessa über Warthegau nach Sibirien*, **Gerd-Helmut Schäfer,** Bad Homburg.

Mit der Auswertung und den Schlussworten der Tagungsleitung endet die Bundeskulturtagung.
Einladungen an die Vorsitzenden der LWW-Gliederungen werden rechtzeitig versandt. Der Vorstand bittet darum, den Beitragsverpflichtungen nachzukommen.
Alle Interessierten, die keiner unserer Gliederungen angehören oder kein Einzelmitglied sind, können sich an uns wenden und die Einladung erhalten, wenn sie bereit sind, die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und die Fahrt selbst zu übernehmen.

Anfragen beantwortet der Veranstalter, Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., Friedrichstr. 35/III., 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611-379787, Mail: lww@gmx.de

PZ

Appell an das polnische Parlament

Der Verband deutscher Gesellschaften veröffentlichte auf seiner Website einen Entwurf für den offenen Brief an das polnische Parlament, mit dem Appell, im Jahr 2025 Beschlüsse zu fassen, durch die auch Opfer des Nachkriegsterrors bei der deutschen Zivilbevölkerung und den als solche anerkannten Opfern aus anderen nach 1945 zu Polen eingegliederten Gebieten geehrt werden. Die Ungerechtigkeit, erneut übersehen und zum Vergessen verurteilt zu werden, darf nicht in das gesellschaftliche Bewusstsein von Ermland, Masuren, Pommern, der Kaschubei oder Niederschlesien gelangen. In den beiden oberschlesischen Woiwodschaften wurde ein solcher Beschluss bereits gefasst. Nach Ansicht der Initiatoren sollte der Beschluss im Jahr 2025 das Gedenken an die Opfer dieser Nachkriegstragödie nicht nur auf Oberschlesien begrenzen.
Hier Auszüge des Schreibens:
„Wir appellieren an beide Kammern des polnischen Parlaments, Beschlüsse im Jahr 2025 zu fassen, die auch die Opfer des Nachkriegsterrors unter der deutschen Zivilbevölkerung und die als solche erkannten ehren werden, die in anderen Regionen lebten, die nach 1945 zu Polen gehörten. Dieses Unrecht der erneuten Übergehung und Verurteilung zur Vergessenheit darf sich nicht in das gesellschaftliche Bewusstsein des Ermlandes, Masurens, Pommerns, der Kaschubei oder Niederschlesiens einprägen“, heißt es in einem offenen Brief des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen an beide Kammern des polnischen Parlaments.
Der Brief bezieht sich auf den in diesem Jahr begangenen 80. Jahrestag des Einmarsches der Roten Armee in die ehemaligen deutschen Gebiete im Jahr 1945 und die damit verbundenen tragischen Ereignisse – Vergewaltigung, Morde und Vertreibung der lokalen Bevölkerung. Viele Jahre lang wurde diese Geschichte verschwiegen und erst in den letzten Jahren hat man begonnen, offen darüber zu sprechen. In diesem Jahr haben der Sejm und der Senat der Republik Polen einen besonderen Beschluss zum Gedenken an diese Ereignisse gefasst, der sich jedoch ausschließlich auf das Schicksal der Menschen in Oberschlesien konzentrierte und die tragischen Ereignisse unberücksichtigt ließ, die in Pommern, der Kaschubei, dem Ermland, Masuren und Niederschlesien stattfanden und die deutsche Bevölkerung oder die als solche anerkannten Personen betrafen.
„Das Lager in Potulitz in der Nähe von Bromberg oder in Sikawa in Lodz war ebenso tragisch wie das in Schwientochlowitz oder Lamsdorf. Die Häftlinge in diesen Lagern kamen aus den nördlichen, westlichen, aber auch zentralen Gebieten des heutigen Polens. Die Rote Armee drang mit ihrer Grausamkeit früher in Ostpreußen ein als in Oberschlesien. Auch aus diesen Gebieten wurden die Menschen massenhaft in die UdSSR deportiert“. Deshalb appellieren die VdG-Vorstandsmitglieder an beide Kammern

des polnischen Parlaments, im Jahr 2025 Beschlüsse zu fassen, die auch der Opfer aus anderen Regionen Polens gedenken. Aus diesem Grund wenden wir uns an Sie, liebe Leserinnen und Leser, mit der Bitte um Ihre Unterstützung. Es besteht die Möglichkeit, den offenen Brief an die Senatsmarschallin und den Sejmmarschall zu unterschreiben."

Die Unterschriften wurden per Post oder E-Mail bis zum 04.04.25 gesammelt.

Verfasser des offenen Briefes waren: Bernard Gaida - Mitglied des gemischten Ausschusses der Regierung und der nationalen und ethnischen Minderheiten, Michał Schlueter - Stellvertretender Vorsitzender im Vorstand des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen sowie Dawid Bojarowski - Mitglied im Vorstand des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen.

Quelle: www.vdg.pl
PZ

Tusks Regierung wird wohl Millionen für die Fehler der Kaczynski - Partei zahlen

Das Landgericht in Warschau hat die erste Entschädigung für die drastische Kürzung der Gelder für den Deutschunterricht als Minderheitensprache durch die Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) zugesprochen. Die Gemeinde Ozimek (Malapane) bei Opole (Oppeln) soll 635.000 PLN erhalten, weil die damalige Kaczynski - Regierung ihr den Zuschuss für lediglich eine Unterrichtsstunde pro Woche gewährt hat, obwohl es drei hätten sein sollen. Beim Gericht sind acht weitere derartige Klagen eingegangen, und es werden wohl noch weitere folgen. Es handelt sich nämlich um rund 50 Gemeinden wie Ozimek.

Die Partei von Jaroslaw Kaczynski hat bei der Abstimmung über den Staatshaushalt für 2022 die Ausgaben für den Deutschunterricht als Minderheitensprache in polnischen Schulen um fast 40 Millionen PLN gekürzt.

Einige Kommunen beschlossen, die zwei Stunden Deutsch selbst zu finanzieren, andere wiederum verklagten das polnische Schatzministerium auf Entschädigung wegen Diskriminierung.

Der erste gewonnene Prozess könnte andere Gemeinden ermutigen, das Finanzministerium zu verklagen. Insgesamt steht ihnen eine Forderung von mehr als 30 Mio. PLN zu.

Der Erfolg der Gemeinde Ozimek ist ein Resultat der Vorfälle im Dezember 2021. Damals unterstützten die PiS-Abgeordneten den Gesetzesentwurf von Janusz Kowalski zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2022, der eine Kürzung der Ausgaben für den Deutschunterricht als Minderheitensprache vorsah. Der Abgeordnete Ryszard Galla als Vertreter der deutschen Minderheit im polnischen Parlament, versuchte noch, die Abgeordneten davon zu überzeugen, ihre Entscheidung zu überdenken, doch die Parlamentspräsidentin Elżbieta Witek, schaltete sein Mikrofon aus. Janusz Kowalski hingegen erklärte, die Abstimmung über den Änderungsantrag sei ein „großer Erfolg" und stelle die „polnisch-deutsche Symmetrie" wieder her. Nun deutet alles darauf hin, dass die Regierung von Donald Tusk für diese Symmetrie teuer bezahlen wird.

Benachteiligung der deutschen Minderheit

Der Sejm hat bei der Verabschiedung des Staatshaushalts für 2022 die Ausgaben für den Deutsch-Unterricht als Minderheitensprache in polnischen Schulen um fast 40 Millionen PLN gekürzt. Infolgedessen erhielten die betroffenen Kommunen im Schuljahr 2022/2023 Gelder aus dem Staatshaushalt nur noch für eine Stunde Deutsch pro Woche, während bei den anderen Minderheiten in Polen drei Stunden der Minderheitensprache pro Woche finanziert wurden.

Wie der Bürgerbeauftragte Marcin Wiącek damals erklärte, verletzten solche Entscheidungen das Verbot der Diskriminierung im gesellschaftlichen Leben und das Recht der Minderheiten, ihre eigene Sprache zu pflegen. Beides werde sowohl durch die Verfassung (Artikel 32 und 35) als auch durch das „Gesetz über Minderheiten" (Artikel 6 und 8) garantiert.

Wiącek betonte, dass diese Bestimmungen „keinen Grund dafür liefern, die Lage einzelner nationaler und ethnischer Minderheiten zu differenzieren, geschweige denn das Rechteverständnis einer Minderheit von der Lage polnischer Nationalitätengruppen oder polnischer Minderheiten in anderen Ländern abhängig zu machen".

Die Kommunen finanzierten Deutschunterricht

Einige Gemeinden beschlossen allerdings, den Unterricht für die zwei gestrichenen Deutschstunden selbst zu finanzieren. Nach Angaben des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen gab es 49 solcher Gemeinden, davon neun in der Woiwodschaft Schlesien und 40 in der Woiwodschaft Oppeln. Darunter war auch die Gemeinde Ozimek.

„Wir stellten damals fest, dass die Bildungsmöglichkeiten für unsere Kinder nicht eingeschränkt werden dürfen und dass die Region, in der wir leben, schon immer von Verständnis und Multikulturalität geprägt war. Und unabhängig davon, ob es in einer Familie noch Personen mit deutschem Ursprung gibt oder nicht, wollten wir den Eltern die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, ob ihre Kinder zusätzlich Deutsch lernen sollen. Die finanzielle Unterstützung aus dem Kommunalhaushalt hat es daher ermöglicht, den gesamten Lehrplan zu realisieren"- erklärte Mirosław Wieszołek, Bürgermeister von Ozimek.

Neun Gemeinden verklagten das Finanzministerium auf Schadenersatz

Neun Gemeinden verklagten jedoch das Finanzministerium auf Schadenersatz für die Benachteiligung der Kinder in ihren Ortschaften. "Diese Gemeinden wollten die Ungerechtigkeit nicht hinnehmen, sie haben diese Deutschstunden aus ihren eigenen Mitteln bezahlt. Aber jetzt haben sie die aufgebrachten Gelder zurückgefordert", erklärte Rafał Bartek, Vorsitzender des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen.

Die Gemeinde Ozimek war die erste, die vor Gericht gewonnen hat. „Das Landgericht Warschau hat unsere Klage gegen den Staatsschatz/Bildungsminister in der genannten Sache in vollem Umfang bestätigt. Das Gericht sprach der Gemeinde den Betrag von 625.590,85 PLN zuzüglich gesetzlicher Verzugszinsen ab dem 8. Dezember 2023 bis zum Tag der Zahlung sowie den Betrag von 42.097 PLN als Erstattung der Anwaltskosten zu", erklärte Bürgermeister Wieszołek.

Er weist jedoch darauf hin, dass das Urteil nicht rechtskräftig ist und eine

Berufung durch das Finanzministerium bzw. den Bildungsminister zu erwarten ist. Laut Wieszołek zeigt dies die tatsächliche Höhe der Forderung. Rafał Bartek wiederum erinnert daran, dass es in der Region von Oppeln 40 solcher Gemeinden gebe. Seiner Meinung nach sollten sie den von der Gemeinde Ozimek gewählten Schritt in Betracht ziehen. Wenn jede der 49 Gemeinden den Staatsschatz verklagen und das Gericht einen ähnlichen Betrag zusprechen würde, wären die Kosten für den Staatshaushalt auf 31,8 Millionen PLN gestiegen.

Quelle:
https://businessinsider.com.pl
PZ

Besuch in Reinfeld bei Lübeck

Im Rahmen eines gemeinsamen Projektes besuchten der Vorsitzende des Vereines „Bugholendry e.V." Karl-Heinz Hüneburg und der stellv. Sprecher der LWW P. Zielnica Ende Februar die Zeitzeugin Frau Hedwig Schmidt-Seifert, aktuell wohnhaft in Reinfeld bei Lübeck. Frau Schmidt-Seifert stammte ursprünglich aus Zabuskie Holendry/Wolhynien, wurde im Krieg in den Kreis Lissa/Leszno umgesiedelt, sie erzählte uns über das Schicksal ihrer Familie von der Umsiedlung aus ihrer Heimat am Bug bis zur Flucht nach Deutschland.
Ziel des Projektes ist es, Erinnerungen von deutschstämmigen Zeitzeugen, die im Krieg aus Wolhynien und anderen Regionen Osteuropas in das ehemalige Wartheland umgesiedelt wurden, zu sammeln sowie entsprechende Dokumentation über die Episode im Wartheland in Archiven zu finden, auszuwerten und in Form einer Publikation zu veröffentlichen.

PZ

Bildungs- und Begegnungsstätte „Transferraum Heimat"

Am 08.Juni 2024 fand in Knappenrode / Hoyerswerda / Niederschlesien die feierliche Eröffnung der Bildungs- und Begegnungsstätte „Transferraum Heimat" statt. Daran nahmen Mitglieder unserer Heimatgruppe WW Dresden teil.
Grußworte sprachen der Domprobst Dr. A. Hoffmann und der Präsident Dr. B. Fabricius BdV.
Chöre aus Leipzig und Krappitz und die „Vielharmoniker" begleiteten das Programm. Die Festrede hielt der Ministerpräsident von Sachsen Michael Kretschmer.
Fluchtursachen, das Vertreibungsgeschehen sowie die Integration der Vertriebenen in den Besatzungszonen, später in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der DDR wurden von ihm dargestellt und auf die heutigen Flüchtlingsströme und deren Eingliederung in unsere Gesellschaft eingegangen.
Mit der Nationalhymne und einer Führung durch das Haus endete die Veranstaltung.

Dietgard Kühn
LWW Dresden

Einladung zum Kongress über Minderheiten

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2025 feiert Polen das 20-jährige Bestehen des Gesetzes vom 6. Januar 2005 über nationale und ethnische Minderheiten sowie über die Regionalsprache.
Die Umsetzung dieses Gesetzes ist von entscheidender Bedeutung für die kulturelle und ethnische Vielfalt der polnischen Gesellschaft, insbesondere für unsere Region.
Daher haben wir uns entschlossen, eine **internationale wissenschaftliche Konferenz** zu organisieren, die sowohl eine Bilanz der 20-jährigen Umsetzung des Gesetzes zieht als auch Perspektiven für die weitere Durchsetzung von Rechtsvorschriften zur Förderung der nationalen, ethnischen und kulturellen Vielfalt in unserem Land aufzeigt.
Wir haben die Konferenz **„Kongress über Minderheiten"** genannt, da wir die Notwendigkeit sehen, Forscher, Experten und Praktiker im Bereich der nationalen und ethnischen Minderheiten sowie Vertreter dieser Gemeinschaften zusammenzubringen.
Der Kongress findet am **23. und 24. September 2025** in Oppeln statt.
Diese Veranstaltung wird von einem Team aus Institutionen und Nichtregierungsorganisationen organisiert, darunter: **die Universität Oppeln, die Regierung der Woiwodschaft Oppeln, der Woiwode von Oppeln, das Schlesische Institut, das Haus der Polnisch-Deutschen Zusammenarbeit und das Forschungszentrum der deutschen Minderheit. Zudem haben wir das European Centre for Minority Issues in Flensburg** zur Zusammenarbeit eingeladen.
Unser Ziel ist es, dass der Kongress zu einer **internationalen Diskussionsplattform** über die Herausforderungen und Probleme nationaler, ethnischer und sprachlicher Minderheiten wird und gleichzeitig eine Gelegenheit zur Vernetzung und Zusammenarbeit bietet.
Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme am Kongress ein. Sie haben die Möglichkeit, sich entweder als Referenti(in) oder als Zuhörer(in) zu registrieren. Die Anmeldung erfolgt über das Anmeldeformular.

Die Registrierungsfristen befinden sich in der untenstehenden Sektion.
Auf der Grundlage der eingegangenen Anmeldungen wird ein Programm entwickelt, das die Thematik in folgenden Foren behandelt:
1. **Das gesellschaftlich-bürgerliche Forum** – ein Raum für Begegnungen und Diskussionen zwischen Minderheitenorganisationen, Politikern und Verantwortlichen für die Umsetzung staatlicher Aufgaben im Bereich der Minderheiten.
2. **Das Forum der öffentlichen Verwaltung** – eine Plattform für den Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen öffentlichen Einrichtungen, die Aufgaben für nationale und ethnische Minderheiten übernehmen.
3. **Das wissenschaftliche Forum** –

ein Raum für Forscher, die über Minderheiten als Subjekt und Objekt staatlicher und europäischer Politik diskutieren.
Gleichzeitig haben wir uns bemüht, den aktiven Konferenzteilnehmern Unterkunft, Verpflegung und die Erstattung der Reisekosten zu ermöglichen.
Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!
Wichtige Termine
Aktive Teilnahme (Referent/in):
• **Bis zum 15. Mai 2025** – Einreichung von Vorschlägen für thematische Sektionen und Vorträge
• **Bis zum 30. Mai 2025** – Benachrichtigung über die Annahme thematischer Gruppen und Vortragsvorschläge
• **Bis zum 15. Juni 2025** – Informationen über das Kongressprogramm
Passive Teilnahme (Zuhörer/in):
• **Bis zum 19. September 2025**

Quelle: https://inopia.uni.opole.pl/kongresmniejszosci-de

Übernahme von Patenschaften für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2026“

Bereits jetzt haben sich Landsleute gefunden, die für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2026“ eine Patenschaft übernommen haben.

Der Bundesvorstand dankt
Gemeinschaft Evangelischer Posener, Hans-Joachim Herbel, Stuttgart; Ines Hilbig-Lendzian, Ahrensburg;Alfred Knopp, Solms; Eugenie Lendzian, Ammersbek; Hartmut Malachowski, Winsen/Luhe; Werner Rosowski, Haiger-Sechshelden, Ekkehard Sachweh, Uhldingen-Mühlhofen und Rudolf Schwarz, Wolfsburg
(17. März 2025)

Folgen auch Sie bitte diesem Beispiel und werden Sie Pate für das Jahrbuch 2026. Näheres erfahren Sie aus unserem entsprechenden Hinweis im „JahrbuchWeichsel-Warthe 2025“, S. 223.
Die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Weichsel-Warthe informiert Sie darüber hinaus im Falle einer Bereitschaft oder bei entsprechendem Interesse.

Glückwünsche Mai und Juni 2025

Prof. Dr. Erich Müller, geb. am 8. Mai 1927 in Lemberg (Galizien), wohnhaft in Berlin, zum **98. Geburtstag.** Er war bis 2011 Kulturreferent des Hilfskomitees der Galiziendeutschen und Mitredakteur des „Zeitweisers der Galiziendeutschen“. Er ist Verfasser zahlreicher Beiträge im Jahrbuch Weichsel-Warthe und Kulturwart. Das Ehrenmitglied im Bundesverband erhielt 2000 den Kulturpreis der LWW. Im Januar 2022 wurde ihm die Goldene Ehrennadel unserer Landsmannschaft verliehen.
Prof. Dr. med. Erasmus Zöckler, geb. am 14. Mai 1925 in Bromberg, wohnhaft in Bad Oeynhausen, zum **100. Geburtstag**. Das aktive Mitglied im Hilfskomitee der Galiziendeutschen ist Sammler und Bearbeiter des Nachlasses seines Großvaters Theodor Zöckler.
Christa Rollig, geb. am 29. Juni 1950 in Bayreuth (Bayern) wohnhaft in Wiesbaden, **zum 75. Geburtstag**. Sie war von Januar 1992 bis Juni 2013 als Teilzeitkraft vollverantwortlich für das Finanz- und Rechnungswesen unserer Landsmannschaft. Die Erstellung der Jahresrechnungen und Bilanzen, die Aufstellung der Wirtschaftspläne für das jeweilige folgende Jahr, die Beantragung öffentlicher Mittel und die sachgerechte Verwendung gehörten zu ihren besonders wichtigen Aufgaben. Darüber hinaus war Christa Rollig langjährige ehrenamtliche Schatzmeisterin und auch Geschäftsführerin der Stiftung Kulturwerk Wartheland. 2002 wurde ihr die Silberne Ehrennadel durch den damaligen Bundessprecher verliehen.

Jahrbuch Weichsel-Warthe 2025

Denken Sie an unser Jahrbuch. Jederzeit ist unsere Publikation ein guter Lesestoff, um sich die Zeit zu vertreiben und Denkanstöße zu erhalten. Richten Sie Ihre Bestellung an die: Landsmannschaft Weichsel-Warthe e.V., Friedrichstr. 35 III., 65185 Wiesbaden, E-Mail: lww@gmx.de

Allen Spendern herzlichen Dank

In der Zeit vom **1. Oktober bis 30. Dezember 2024** gingen bei uns Spenden in Höhe von insgesamt **956,--EUR** ein. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe dankt allen Spenderinnen und Spendern dafür sehr herzlich.
Aus datenschutzrechtlichen Gründen sehen wir uns gezwungen auf die Bekanntgabe der Spendernamen, verbunden mit der gespendeten Summe und dem Wohnort zu verzichten. Sollten Sie daran interessiert sein, dass Sie namentlich genannt werden, benötigen wir von Ihnen die schriftliche Erlaubnis zur Nennung.
Gleichzeitig teilen wir mit, dass unsere Landsmannschaft laut Freistellungsbescheid des Finanzamtes Wiesbaden II, St.Nr. 040 250 80331 vom 26. September 2024 ausschließlich gemeinnützigen Zwecken, nämlich Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, dient und daher berechtigt ist, Spendenbescheinigungen auszustellen.
Wenn Sie eine Spende einzahlen, lassen Sie bitte den Einzahlungsabschnitt von der Bank abstempeln. Für Spenden ab 100,- Euro erhalten Sie automatisch von der Bundesgeschäftsstelle eine Spendenquittung zugeschickt. Bei kleineren Beträgen stellen wir diese auf Wunsch gern aus.
Unser Spendenkonto der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband, lautet: Sparda Bank Südwest EG, Nr. 958 755, BLZ 550 905 00, IBAN: DE86 5509 05000000 9587 55, BIC: GENODEF1S01

Herausgeber: Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr. 35 III, Tel. 06 11 / 37 97 87, Fax 06 11 / 1 57 49 72,
E-Mail: LWW@gmx.de. Bankverbindung der LWW: Sparda-Bank Südwest EG, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1S01
Schriftleitung: Przemysław Zielnica - Erscheint sechsmal jährlich. Redaktionsschluß am 1. des Vormonats. - Druckvorbereitung: manz-werbedesign, Emden
ISSN 0509-9757 - Für unterzeichnete oder signierte Artikel trägt der Verfasser die Verantwortung. - Nachdruck gestattet, sofern 2 Belegexemplare zugesandt werden.
Die Herausgabe dieser Folge wurde durch eine Zuwendung der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk (NOKW) ermöglicht.